

Netzentwicklungsplan Strom  
Postfach 10 07 48  
10567 Berlin



Leinburg, 03.03.2019

Per E-Mail an [konsultation@netzentwicklungsplan.de](mailto:konsultation@netzentwicklungsplan.de)

### **Konsultation NEP Strom 2030 Version 2019 - Erster Entwurf**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum aktuellen Netzentwicklungsplan nehme ich für das Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse wie folgt Stellung. Mit einer Veröffentlichung erkläre ich mich einverstanden.

Das dem Netzentwicklungsplan zugrunde liegende Verfahren muss grundsätzlich in Frage gestellt werden. Dass oligopolistisch agierende Unternehmen sowohl für die Bedarfsermittlung, das komplette Planungsverfahren, den Bau als auch den Betrieb einer lebenswichtigen Infrastruktur zuständig sein dürfen, ist dies kein gutes Zeichen. Es zeigt, dass eine wirksame demokratische Kontrolle entfällt und es möglich sein kann, dass der wirtschaftliche Gewinn der Übertragungsnetzbetreiber und Konzerninteressen über dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger stehen, die den größten Teil des Stromnetzausbaus durch Steuern, Abgaben und die Netzentgelte finanzieren müssen.

Der aktuelle Netzentwicklungsplan ist ein Fest für die Konzerne und eine Kriegserklärung an die Stromkunden. Mit zwei weiteren geplanten Gleichstrom-Trassen von Nord nach Süddeutschland erhöht sich die Zahl der HGÜ-Leitungen von drei auf fünf. Angeblich sei dies notwendig, um dem Ausbau der erneuerbaren Energien gerecht zu werden. Das ist vollkommen unglaublich, betrachtet man die sträfliche Vernachlässigung und Behinderung des Ausbaus von Erneuerbaren Energien durch die wirtschaftspolitischen Vorgaben der letzten Jahre.

Deutlich wird damit vor allem der Einfluss der großen Energiekonzerne auf Politik und Bundesnetzagentur. Mit dem Ausbau von überwiegend zentralistisch organisierten Versorgungsstrukturen wird das Erreichen der Klimaziele konterkariert und die dafür dringend notwendige dezentrale Energiewende immer stärker verzögert.

Die von der Bundesnetzagentur (BNetzA) selbst zur Verfügung gestellten Daten widerlegen bei Netzberechnungen diverser Institute und auch unserer eigenen die These vom angeblich alternativlosen Bau neuer HGÜ-Trassen. Dies gilt auch für die nach der (n-1)-Regel geplanten Maßnahmen im AC-Bereich (z. B. die P44 bzw. deren Alternativen). Die Aufnahme weiterer HGÜ-Leitungen und auch die jetzt mögliche Verlegung von Leerrohren, z. B. entlang des Südostlinks, sind überdimensioniert.

Zu kritischen Netzsituationen kommt es nicht bei Dunkelflauten, sondern ausschließlich in Fällen von Stromüberschuss, weil die fossilen Kraftwerke nicht zurückgefahren werden. Dies führt auch dazu, dass bei einem weiteren Ausbau der Erneuerbaren noch mehr Netzausbau benötigt würde. Der durch die Kommission gefundene Kohlekompromiss greift viel zu kurz. Ein Ausstieg bis 2030 ist machbar und ist für den Klimaschutz unabdingbar.

Die im aktuellen NEP dargestellten neuen Projekte führen dazu, dass die Intransparenz des Planungsverfahrens massiv erhöht wird. Dies ist nicht nur der Zusammenlegung mit dem Offshore-NEP geschuldet. Es fehlen bereits genehmigte Vorhaben aus dem letzten NEP, bereits abgelehnte Projekte sind wiederum enthalten. Projekte werden zusammengelegt und wieder aufgeteilt und erhalten auch immer wieder neue Namen. Aus dem Korridor D ist inzwischen das Vorhaben DC5 geworden. Dies wirkt höchst unseriös und hat mit einer angeblich bürgerfreundlichen Planung nichts zu tun.

Genauso unverständlich ist es, wenn statt dem voraussichtlichen Bedarf jetzt ein „Band der Nachfrage“ mit intransparenten Werten angegeben wird (z. B. Seite 50 – Szenariorahmen B2030). Bei der genannten Spannbreite des Bedarfs für Deutschland von 34,2 bis 93,2 GW im Jahr 2030 in einem Szenario ist keine Basis für eine realistische Netzplanung gegeben. Nach wie vor zeigt diese Seite auch, dass der erzeugte Windstrom im Norden bei weitem nicht für den dortigen Bedarf reicht. Bei Veröffentlichungen immer auf das Land Mecklenburg-Vorpommern zu verweisen, zählen wir zu bewussten Falschbehauptungen, mit denen der angebliche Bedarf künstlich erhöht wird.

Mit zur Intransparenz dieser Planungen gehört auch die Aufnahme von Flexibilitätsoptionen in die Bedarfsdarstellung (Seite 39). Es ist davon auszugehen, dass im Zeitrahmen bis 2030/2035 nur ansonsten gekappte und damit überschüssige Energie zur Speicherung verwendet wird. Das lässt sich nicht als Bedarf ausweisen. Nicht nachvollziehbar sind auch die Abbildungen 52 bis 54 zu möglichen Netzengpässen.

Die vorgesehene Erdverkabelung für HGÜ-Leitungen ist der bereits jetzt fehlgeschlagene Versuch, die Anwohner und betroffenen Landwirte zu beruhigen. Der Protest vor Ort wächst und wird für gravierende Verzögerungen des Trassenbaus führen, wenn nicht gar zu dessen Verhinderung. Die Erdverkabelung führt in dieser Größenordnung über hunderte von Kilometern zu massiven Umweltschäden mit bleibenden Schneisen in der Natur. Die von Amprion in Auftrag gegebene Studie beim Institut für Bodenkunde und Waldernährungslehre (Uni Freiburg) zum Thema „Betrieb von Hochspannungserdkabelanlagen“ weist eine Erhöhung der Oberflächentemperatur von bis zu fünf Grad nach. Mit gravierenden Ernteaussfällen, aber auch mit immensen Wertverlusten bei den Bodenflächen, muss gerechnet werden.

Genau so problematisch ist der Investitionsaufwand für diesen Trassenbau. Die Kosten sollen laut ungenauen Schätzungen der Übertragungsnetzbetreiber von 32 Milliarden auf 52 Milliarden Euro steigen. Eine Steigerung von über 60% lässt für die nächsten zehn Jahre

Schlimmes erahnen. Zu den ersten Schätzungen haben sich die Kosten jetzt schon mehr als verdoppelt. Eine weitere Vervielfachung der Kosten ist wahrscheinlich. Grund ist die völlige Inkompetenz der Übertragungsnetzbetreiber und das Versagen der Bundesnetzagentur als Prüfinstanz. Jeder Konzern im Wettbewerb wäre bei solchen Kostenexplosionen pleite, die Projekte und das Unternehmen längst beerdigt. Es gibt keinen erkennbaren Projektplan, diese Vorhaben rechnen sich nicht. Diese Vorgehensweise geht tatsächlich nur, weil die Übertragungsnetzbetreiber den Stromkunden ungehindert als Melkkuh für die fürstliche 9,05% Eigenkapitalrendite benutzen dürfen, und weil die Bundesnetzagentur als Kontrollinstanz versagt. Die Kosten werden durch den Stromkunden über die Netzentgelte refinanziert. Der massive Ausbau des Stromnetzes geht erkennbar in Richtung der geplanten europäischen Kupferplatte, mit der ein zentralistisches Konzept der Energieversorgung künstlich am Leben erhalten werden soll. Für die Energiewende ist dies das falsche Konzept. Mit diesem Geld ließen sich viele Speicherprojekte, z. B. direkt bei den Windparks, realisieren.

Die massiven Kosten für den Stromnetzausbau werden das Problem der Energiearmut in Deutschland und Europa verschärfen. Dabei steht bereits in Artikel 1 der VERORDNUNG (EU) 2016/1719 DER KOMMISSION vom 26. September 2016: „Es ist allen Verbrauchern die Beschaffung von Energie zu erschwinglichen Preisen zu ermöglichen.“ Auch der Bundesrechnungshof kritisiert in einem Schreiben an das Bundeswirtschaftsministerium diese kostentreibende Planung.

Ein grundlegender Fehler ist es, dass zentral erzeugter Kohlestrom nicht mit den Netzkosten belastet wird. Das aktuelle Merit-Order-System fördert den CO<sub>2</sub> Ausstoß und damit das Verfehlen der deutschen Klimaziele. Gaskraftwerke arbeiten mit einem weitaus höheren Wirkungsgrad und sind schon allein deshalb ökologischer. Während die schwerfälligen Kohlekraftwerke immer laufen müssen, ist der Einsatz von flexiblen Gaskraftwerken stets nur kurzfristig, bei langen Dunkelflauten oder Spitzenlast notwendig. Eine stärkere Ausrichtung auf Gaskraftwerke kann in einer Übergangsphase sinnvoll sein. Die erforderlichen Kapazitäten stehen bereits zur Verfügung und können mit wesentlich geringerem Kapitaleinsatz noch ausgebaut werden. Die noch etwas höheren variablen Kosten erreichen in keinem Fall die Ausgaben für den HGÜ-Trassenbau. Auf diese Weise lässt sich zusätzlich der Redispatch-Aufwand bei entsprechender Disposition massiv reduzieren. So bald wie möglich muss jedoch von fossilem Erdgas auf erneuerbar erzeugtes Methan umgestellt werden. Dazu muss zwingend auch für fossiles Gas ein verpflichtender Ausstiegsplan aufgesetzt werden.

Es ist an der Zeit für eine Rückbesinnung der Übertragungsnetzbetreiber, sich um ihre eigentlichen Aufgaben zu kümmern, denn offenbar wurden bisher Pflege und Optimierungsmaßnahmen beim Übertragungsnetz sträflich vernachlässigt. Mit Neubeseilungen auf den bestehenden Spannungsebenen, Leiterseilmonitoring, Hochtemperatur-Beseilung und auch mit dem Einsatz von Phasenschiebern lassen sich Übertragungskapazitäten steigern, Netzengpässe vermeiden und Redispatch reduzieren.

Auch wenn 380 kV Leitungen heute dem Stand der Technik entsprechen, werden wir diese als großes Aktionsbündnis, in dem wir zahlreiche Bürgerinitiativen in ganz Bayern vereinen, aufgrund der unzureichend erforschten gesundheitlichen Risiken weiterhin ablehnen. Studien und Untersuchungen weisen auf erhöhte Fallzahlen gravierender Erkrankungen im näheren Umfeld von Stromleitungen hin. Von der erst 2017 vom Bundesamt für Strahlenschutz

aufgelegten Runde neuer Untersuchungen werden noch länger keine Ergebnisse vorliegen, die diesen Zusammenhang ausschließen. Die Menschen entlang dieser Trassen dürfen nicht länger zu Versuchsobjekten degradiert werden. Insbesondere deshalb, weil vielen Betroffenen bewusst ist, dass für einen Großteil der geplanten Maßnahmen kein Bedarf besteht und dass es schonendere Möglichkeiten für die Sicherstellung der Stromversorgung gibt. Als Aktionsbündnis weisen wir auf die fehlende Akzeptanz hin, was zu gravierenden Zeitverzögerungen und Kostensteigerungen des Trassenbaus führen wird.

**Die HGÜ-Projekte insgesamt können und müssen aus dem Netzentwicklungsplan gestrichen werden. Im Übrigen sind diese Trassenlängen viel zu kurz, um den Vorteil geringerer Übertragungsverluste ausspielen zu können. Dies gilt auch für die vorgesehenen Wechselstromaufrüstungen, wie z. B. die P44 mit allen Varianten.**

Mit freundlichen Grüßen

Dörte Hamann

Sprecherin Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse  
Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau!

[REDACTED]  
[REDACTED]

[REDACTED]

E-Mail: [pressestelle@stromautobahn.de](mailto:pressestelle@stromautobahn.de)  
Internet: [www.stromautobahn.de](http://www.stromautobahn.de)  
Facebook: Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse

---

Hintergrund - WER WIR SIND:

Das Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse besteht seit Anfang 2014 und wurde ursprünglich gegen den Bau des Südostlink gegründet. Es ist ein Zusammenschluss von Bürgerinitiativen in ganz Bayern, die gemeinsam Aktionen organisieren und fachlich zum Thema Netzausbau zusammenarbeiten. Unser Aktionskonsens ist: Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau! Deshalb schließt der Kampf gegen die Süd-Ost-Trasse auch den Widerstand gegen unnötige Wechselstrom-Trassen mit ein, die den Erhalt der fossilen Energie im Stromnetz fördern und im Widerspruch zum UN-Klimaabkommen von Paris stehen. Das Sankt-Florians-Prinzip lehnen wir ab. Eine sinnlose Trasse kann man zwar verschieben, man kann sie auch vergraben, aber sie bleibt trotzdem sinnlos!